

Entlastung gesucht

Gute Politik für Frauen mit
geringem Einkommen



Kurzzusammenfassung

"Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt." Diese Messlatte legte Gustav Heinemann, der dritte Bundespräsident des Bundesrepublik Deutschland, in der Ära des Deutschen Wirtschaftswunders an eine „gute Gesellschaft“ an. Einmal mehr gilt sie in Zeiten, in denen die Verwerfungen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates dazu beitragen, dass die „schwächsten Glieder“ zahlenmäßig mehr und schwächer werden – also jetzt.

Auch wenn diese Aussage schwer erträglich ist: Frauen und Familien mit geringem Einkommen gehören in finanzieller Hinsicht den Schwächsten unserer Gesellschaft. Was kann die Politik tun, um diese Menschen zu entlasten? Das ist die zentrale Frage der Studie.

Auswahl der Befragten und Methodik der Befragung

Die Forschungsperspektive der vorliegenden Studie lehnt sich an den Lebenslagenansatz an. Die Lebenslage wird maßgeblich, aber nicht ausschließlich, durch die vorhandenen finanziellen Ressourcen bestimmt. Jedoch ist Armut nicht gleich Armut. Zur vollständigen Beschreibung der Lebenslagen von Menschen gehört neben der Einkommenslage auch der Blick auf ihr Lebensumfeld (Bewältigung des Alltags, soziales Umfeld, etc.).

Prekäre Einkommenslagen, um die es in der Studie geht, können relativ objektiv bestimmt werden – etwa mithilfe des Äquivalenzeinkommens¹. Die in dieser Studie untersuchten Frauen beziehen alle ein Einkommen, welches unter dem mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommen liegt. Dies ist das durch die Befragten-Auswahl einheitlich gestaltete Merkmal der befragten Frauen.

Auch sind alle befragten Frauen zwischen 30 und 70 Jahre alt. Das Mindestalter von 30 Jahren wurde festgelegt, da in diesem Alter ein bestimmter Wendepunkt im Leben erreicht ist.

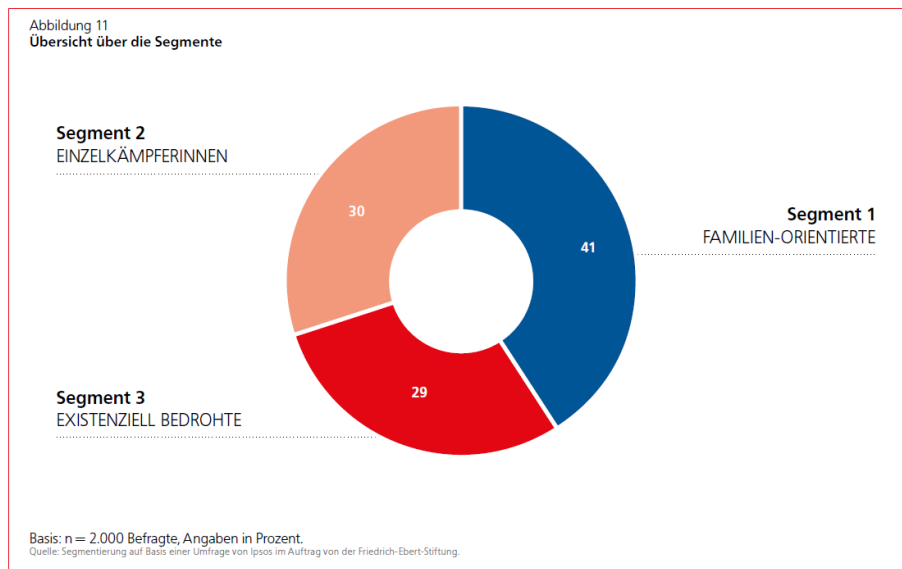
Die Befragung setzte sich aus einem qualitativen und quantitativen Teil zusammen. Die qualitative Erhebung bestand aus ethnografischen Einzelinterviews und Fokusgruppen, die jeweils in gleicher Anzahl in Sachsen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurden. Die quantitative Erhebung bestand aus einer Online-Befragung von insgesamt 2.000 Frauen, davon 1.300 mit Kindern und 700 ohne Kinder. Die Erhebung fand im gesamten Bundesgebiet statt. Die regionale Verteilung der Befragten ist repräsentativ und entspricht

¹ Das **Netto-Äquivalenzeinkommen** ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Menschen, die ein Netto-Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens haben, gelten nach EU-Standards als armutsgefährdet – und befinden sich somit in einer prekären Einkommenslage.

laut Statistischem Bundesamt der tatsächlichen Wohnregion: 18 Prozent der Befragten leben in Ostdeutschland (inklusive Berlin), 82 Prozent in Westdeutschland.

Verschiedene Lebensrealitäten brauchen unterschiedliche Angebote aus der Politik

Die befragten Frauen lassen sich entlang ihrer demografischen Merkmale und ihrer Einstellungsmuster drei Typen von Lebensrealitäten zuordnen.

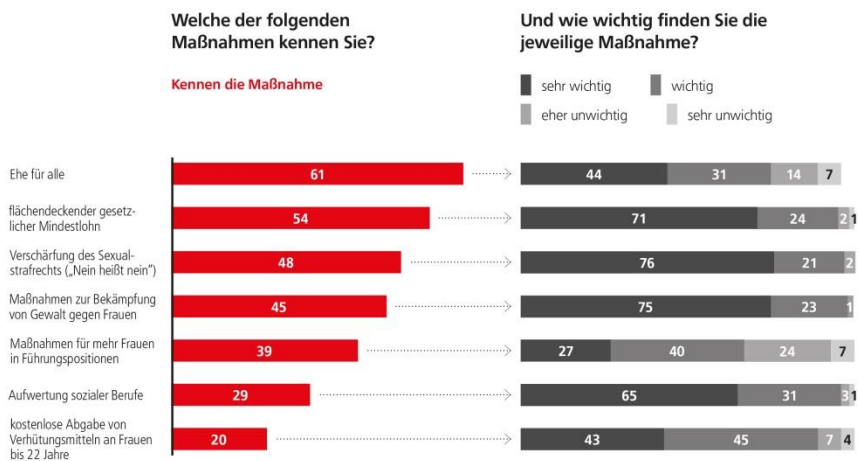


- Die **FAMILIEN-ORIENTIERTEN** (41 Prozent) sind vorwiegend Mütter in stabilen Partnerschaften, oftmals Ehen, für die eine glückliche Partnerschaft und zufriedene Kinder Priorität haben. Auch berufliche Ziele haben bzw. hatten die Familien-Orientierten, diese ließen sich jedoch nicht gleichermaßen erreichen.
- Unter den **EINZELKÄMPFERINNEN** (30 Prozent) finden sich häufig ältere alleinstehende Frauen ohne Kinder, die in größeren Städten leben und insgesamt wenig sozial eingebettet sind. Sie priorisieren weder soziale Beziehungen noch beruflichen Erfolg.
- Bei den **EXISTENZIELL BEDROHTEN** (29 Prozent) handelt es sich weitgehend um alleinerziehende Mütter. Sie empfinden die an sie gestellten Anforderungen bzw. deren Erfüllung als extreme Belastung, sind häufig überfordert und erschöpft; vier von fünf existenziell Bedrohten haben finanzielle Sorgen.

Wichtigkeit und Bekanntheit von frauen- und familienpolitischen Maßnahmen

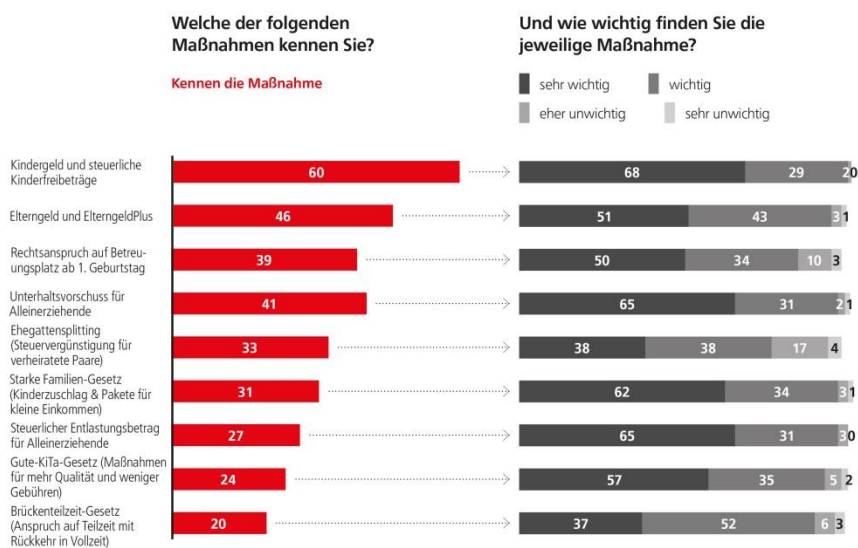
In den vergangenen Jahrzehnten und auch in dieser Legislaturperiode wurde politisch einiges auf den Weg gebracht, um Frauen, Eltern und Familien zu stärken: Zum einen können geringfügig oder im Niedriglohnsektor Beschäftigte durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ein besseres Einkommen erreichen, was auch den ggf. vorhandenen Familien nützt. Zum anderen haben die Einführung und stetige Weiterentwicklung des Elterngeldes sowie weitere familienpolitische Gesetze (u.a. Brückenteilzeit-Gesetz, Gute KiTa-Gesetz, Starke Familien-Gesetz) die Situation von Eltern und Kindern verbessert. Diese Maßnahmen werden von den befragten Frauen auch für (sehr) wichtig befunden – wenn sie sie kennen.

Abbildung 7
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von frauenpolitischen Maßnahmen



Frage: Die Politik hat in den letzten Jahren Maßnahmen eingeführt, die das Leben von Frauen und Müttern verbessern sollen. Welche davon kennen Sie? Und wie wichtig finden Sie die jeweilige Maßnahme?
Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent, Abweichungen zu 100 %: Keine Angabe.

Abbildung 8
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von familienpolitischen Maßnahmen

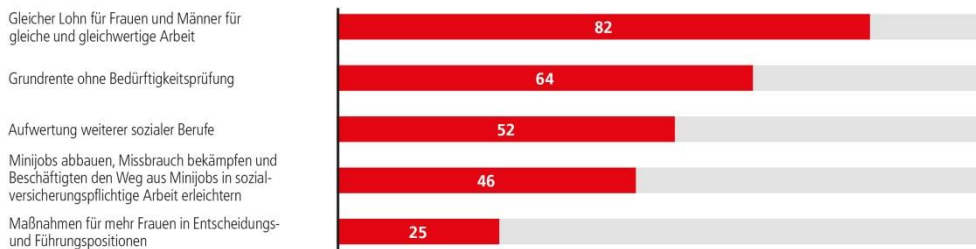


Frage: Die Politik hat in den letzten Jahren Maßnahmen eingeführt, die das Leben von Frauen und Müttern verbessern sollen. Welche davon kennen Sie? Und wie wichtig finden Sie die jeweilige Maßnahme?
Basis: Mütter, n = 1.300, Angaben in Prozent, Abweichungen zu 100 %: Keine Angabe.

"Fair Pay" für Frauen!

Wenn die befragten Frauen darüber mitbestimmen könnten, welche frauenpolitischen Maßnahmen künftig eingeführt werden sollten, dann rangiert die Maßnahme „Gleicher Lohn für Frauen und Männer für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ mit 82 Prozent an erster Stelle. Zwei Drittel empfinden außerdem die „Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung“ als essenziell. Auch die „Aufwertung weiterer sozialer Berufe“ wünscht sich über die Hälfte der befragten Frauen. Bei den notwendigen familienpolitischen Maßnahmen priorisiert über die Hälfte der befragten Mütter eine „Kindergrundsicherung“. Die wirksamste Entlastung für Frauen mit geringem Einkommen ist also mehr Einkommen – im Heute wie in der Zukunft und für sich selbst wie für ihre Kinder.

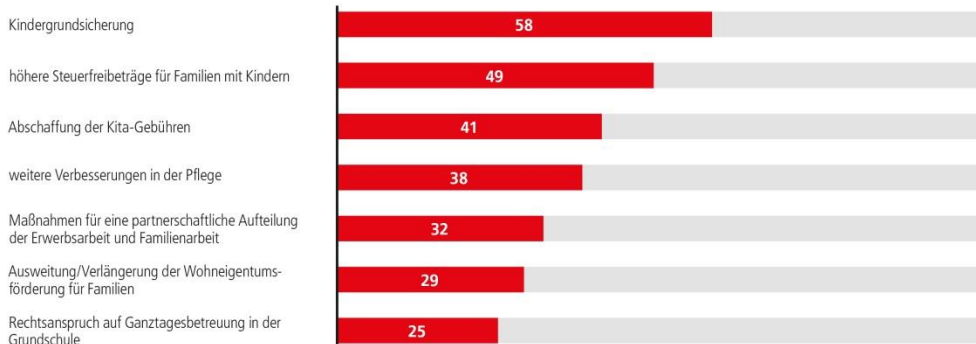
Abbildung 9
Wichtigkeit zukünftiger frauenpolitischer Maßnahmen



Frage: Das Leben von Frauen und Müttern soll auch in Zukunft verbessert werden. Stellen Sie sich vor, Sie könnten mitbestimmen, welche Maßnahmen eingeführt werden sollen. Bitte wählen Sie aus folgender Liste eine frauenpolitische Maßnahme aus, die Ihnen persönlich am wichtigsten wäre.

Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent

Abbildung 10
Wichtigkeit zukünftiger familienpolitischer Maßnahmen



Frage: Das Leben von Frauen und Müttern soll auch in Zukunft verbessert werden. Stellen Sie sich vor, Sie könnten mitbestimmen, welche Maßnahmen eingeführt werden sollen. Bitte wählen Sie aus folgender Liste eine familienpolitische Maßnahme aus, die Ihnen persönlich am wichtigsten wäre.

Basis: Alle Befragten, n = 1.300, Angaben in Prozent

Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zusammendenken!

„Gute Arbeit“, von der die Erwerbsverhältnisse der befragten Frauen zumeist weit entfernt sind, sind nicht nur gut bezahlte, sondern auch mit Sorgearbeit vereinbare Jobs. Zwischen der Erwerbssituation und der außerberuflichen Situation der befragten Mütter gibt es – wenig überraschend – starke Wechselwirkungen. Zugespitzt ließe sich formulieren: Erwerbsarbeit und Sorgearbeit sind gegenseitige, unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen schwer zu vereinbarende gegenseitige „Taktgeberinnen“. Die Erwerbsstrukturen gehen zu wenig von notwendiger Sorgearbeit aus:

„Es ist ein Witz, dass man einerseits sagt, Deutschland braucht mehr Kinder, dann wird es den Menschen berufsbedingt richtig schwer gemacht.“ (Mutter in Partnerschaft, 45–65 Jahre, Essen)

Und die Kinderbetreuungsstrukturen sind unzureichend für die Anforderungen der Erwerbssituation:

„Finde einen Arbeitgeber, der dir Arbeit gibt, dem du aber nicht versichern kannst, dass du einen Ganztagsplatz hast für deine Kinder.“ (Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen)

Dass die Arbeitswelt zu wenig mit Sorgearbeit rechnet und die Betreuungsinfrastruktur zu wenig mit unvereinbaren Jobs, bringt Alleinerziehende, die beides allein abdecken müssen, einmal mehr in extreme Unvereinbarkeitssituationen.

Alleinverdienermodell vs. Partnerschaftliches Erwerb-Sorge-Modell

Um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit für Frauen mit geringem Einkommen zu verbessern, müssen daher verschiedene Hebel bedient werden. Entscheidend bei allen politischen Maßnahmen ist, dass das so genannte partnerschaftliche Erwerb-Sorge-Modell – wie es der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2018) bereits als gesellschaftliche Norm vorsieht – sowohl in die Strukturierung der Arbeitswelt als auch in alle weiteren vereinbarkeitsrelevanten Institutionen Einzug hält. Das heißt, es sollte jeweils davon ausgegangen werden, dass Männer auch Sorgearbeit und Frauen auch Erwerbsarbeit leisten. Erst mit dieser Grundannahme, die die gesellschaftliche Realität besser abbildet als das alte Alleinverdienermodell, lassen sich Politiken gestalten, die den Lebensläufen der Menschen gerecht werden und eben auch die „Schwächsten“ unserer Gesellschaft nicht aus dem Fokus verlieren. Die angenehme Kehrseite ist, dass die Wahlfreiheit für beide Geschlechter steigen würde.

Die Ambivalenz, inmitten schwieriger Rahmenbedingungen „richtige“ Entscheidungen zu treffen und „richtig“ zu leben, drückt sich darin aus, dass viele der befragten Frauen mit Blick auf ihre zahlreichen Verantwortungen ein Ohnmachtsgefühl verspüren. 39 Prozent empfinden es als große Belastung, den an sie gestellten Anforderungen ausreichend gerecht zu werden. Mütter (43 Prozent) fühlen sich belasteter als Frauen ohne Kinder (31 Prozent).

Frauenspezifische Lebensrisiken solidarisch absichern

Eine der Grundideen des Sozialstaates ist es, Lebensrisiken solidarisch gemeinschaftlich abzusichern. Das gelingt bei der einen Hälfte der Mitglieder der Solidargemeinschaft jedoch nur unzureichend: Die Wahrscheinlichkeit des Eintretens bestimmter Lebensrisiken bzw. die schwerwiegenden Folgen, die bestimmte Lebensereignisse bzw. biografische Wendepunkte zu individuellen Lebensrisiken werden lassen, haben eine Gender-Komponente. Die beiden zentralen Einkommensquellen – Erwerbstätigkeit und/oder die „Versorgung“ über Partnerschaften – brechen bei Frauen leichter weg als bei Männern. Zum einen sind Frauen in unsichereren Jobs als Männer; zum anderen birgt Mutterschaft größere Risiken als Vaterschaft, sich beruflich und partnerschaftlich und damit auch finanziell zu verschlechtern. Soziale Sicherungsmechanismen, die Frauen einen weniger existenziell bedrohlichen Ein- oder Austritt in/aus verschiedene/n Lebensabschnitte(n) wie beispielsweise Mutterschaft, beruflicher Wiedereinstieg, Trennung etc. ermöglichen, bleiben ein politischer Handlungsauftrag.

Respekt und Anerkennung statt Stigmatisierung und Häme

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch die von Frauen mit geringem Einkommen. Sie kämpfen in besonderem Maße um gesellschaftliche Anerkennung. Sie fühlen sich mehr als andere unter Beobachtung bei gleichzeitig ausgeprägten Versagensängsten und faktisch geringeren Chancen als andere, gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen. Dieser Kampf und ihr unter erschwerten Bedingungen erbrachter alltäglicher Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft werden nicht ausreichend gewürdigt. Hingegen ist die Sorge vor und die Erfahrung mit Stigmatisierung ein häufig wiederkehrendes Narrativ in Gesprächen mit Frauen, die Sozialleistungen erhalten und/oder alleinerziehend sind:

„A. muss gut in der Schule sein. Er muss. Er muss gleichauf sein, auch wenn er Schwächen hat wie in Mathe aktuell. Ich denke einfach, die Leute würden dann sagen, weil die es nicht schafft. Die hat vier Kinder, wollte sie unbedingt haben und jetzt kriegt sie es nicht auf die Kette. Jetzt noch alleinerziehend, noch viel schlimmer. Es muss laufen, egal in welche Richtung. Es muss laufen, ob das Haushalt ist, ob das die Kleidung ist, es muss laufen.“ (Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen)

Es bedarf deshalb eines neuen Gesellschaftsbildes, in dem auch diejenigen Anerkennung finden, die gegenwärtig aufgrund von verfestigten Sozialstrukturen, Krankheit oder anderen besonderen biografischen Wendepunkten in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt sind. Die hohe Zustimmung zu den frauen- und familienpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren – maßgeblich von der Sozialen Demokratie - auf den Weg gebracht wurden und auch zu den für die Zukunft angedachten Angeboten zeigt: Der eingeschlagene Weg ist richtig. Aber er bringt noch nicht genug Entlastung für Frauen und Familien mit geringem Einkommen.

Die Studie entstand im Rahmen des Projekts **Für ein besseres Morgen**. Mit dem Projekt will die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge und Positionen für sechs wichtige Politikfelder leisten. Neben Gleichstellung sind das Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Integration, Demokratie und Europa.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie hier:

www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen

Weitere Informationen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit und -politik finden Sie hier:

www.fes.de/gender